

Moldova und die EU-Politik

Kempe, Iris; Meurs, Wim P. van

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kempe, I., & Meurs, W. P. v. (1998). *Moldova und die EU-Politik*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 8/1998). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-47340>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Moldova und die EU-Politik

Zusammenfassung

In Zukunft könnte das zwischen Rumänien und der Ukraine gelegene Moldova zum Grenzland zwischen einer erweiterten EU und dem GUS-Raum werden. Im Bürgerkrieg 1991-1992 hatte der industrielle, russisch-ukrainisch dominierte Teil der Republik auf dem linken Dnestrufers mit Hilfe von Moskau und der dort stationierten 14. Sowjetarmee versucht, sich für unabhängig zu erklären und sich von dem größeren, agrarischen, moldawischen (rumänischen) Teil der Republik auf dem rechten Ufer abzutrennen. Rußland benutzt die Verhandlungen der Regierung in Chisinau mit der international nicht anerkannten Dnestrepublik, die Frage des Abzugs der 14. Armee und seine Energielieferungen als Druckmittel, um Moldova in Fragen der GUS-Integration zum Einlenken zu bewegen. Gleichzeitig ist Moldova auch auf die EU als politisches Gegengewicht zu Rußland und als Unterstützung in der sozialwirtschaftlichen Transformation und inneren Modernisierung des Landes angewiesen. Obwohl in Moldova die *hard security risks* eindeutig den *soft security risks* gewichen sind, läßt ein größeres Engagement der EU als *soft security provider* auf sich warten. Nachdem Ende 1996 der prorussische Pragmatiker Lucinschi zum Präsidenten gewählt wurde, steht für Moldova mit den Parlamentswahlen am 22. März dieses Jahres eine neue Entscheidung im Rahmen dieser doppelten Abhängigkeit an.

Vor einigen Jahren konnte der ÖAußenministerÖ der international nicht anerkannten Dnestrepublik, Valerij Lizkaj, Moldova noch in den von Sarajevo bis Groznyj reichenden ÖBogenÖ aus Militärfriedenskonflikten einordnen.¹ Heute scheint die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung am Dnestr vorerst gebannt. Die in der Dnestrepublik stationierte 14. Armee, Anfang der neunziger Jahre noch manchmal als eine Bedrohung in Richtung Südost- und Südwesteuropa sowie den Mittleren Osten² gesehen, verliert immer mehr an politischer Bedeutung und militärischer Kampfkraft. Gleichzeitig wurde die Verhandlungsposition der in Tiraspol residierenden Führung der Dnestrepublik gegenüber der moldawischen Zentralregierung in Chisinau erheblich geschwächt. Somit ist aus ihrer Verzögerungstaktik eine langfristig angelegte Strategie geworden.

Mit dem Abkommen vom 21. Juli 1992 und dem Einsatz von GUS-Friedenstruppen am Dnestr endete der Bürgerkrieg in Moldova und es begannen langwierige Verhandlungen zwischen Moldova, Rußland und der abtrünnigen Dnestrepublik: Tiraspol will die Zukunft der Region in einem zwi-

¹ Interview mit dem Autor (WvM) im Februar 1994 in Tiraspol.

² A.U. Gabanyi, Moldawien zwischen Rußland, Rumänien und Ukraine, in: Außenpolitik, 1/1993, S. 105.

schenstaatlichen Vertrag geregelt sehen, wohingegen Chisinau lediglich bereit ist, die Autonomie Transnistriens in einem moldawischen Gesetz festzuschreiben. Zunächst schien sich das ÖSuperwahljahrÓ 1996 – PrÖsidentschaftswahlen in Rußland (Juni/Juli), Moldova (November/Dezember) und der Dnestrrepublik (Dezember) – gÖynstig auf die festgefahrenen Verhandlungen auszuwirken.³ Fast wÖre es damals zu einer gemeinsamen AbsichtserklÖrung gekommen. Mittlerweile haben sich aber sowohl die OSZE-Vermittler als auch der neue moldawische PrÖsident Lucinschi von diesem Memorandum distanziert, da es die SouverÖnitÖt und territoriale IntegritÖt Moldovas nicht explizit gewÖhrleiste. Erst am 8. Mai 1997 einigten sich Lucinschi und Smirnov auf eine Nachbesserung des Memorandums mit der Formel Ögemeinsamer StaatÓ, die von beiden Seiten kontrÖr (einheitlich bzw. fÖderal) interpretiert wurde. Dies fÖhrte die anschließenden Verhandlungen Öber konkrete Maßnahmen in die Sackgasse.⁴

Öhnliches geschah mit dem Abkommen vom 21. Oktober 1994 Öber den Abzug der 14. Armee. Das Abkommen wurde von der Staatsduma nie ratifiziert und 1995 stellte Jelzin neue Bedingungen: Er forderte neben Truppenstationierung die verstÖrkte wirtschaftliche und politische Kooperation Moldovas in der GUS und auÖerdem die vorherige LÖsung der offenen Fragen des Dnestrkonflikts, des BÖrgerkriegs in Jugoslawien und der NATO-Osterweiterung.⁵ Heute kann Moskau aber auf sowohl die militÖrische Macht der 14. Armee als auch die dreisten Aktionen des Quertreibers Smirnow verzichten. Moldovas Wirtschaft ist vollkommen abhÖngig von Energielieferungen aus Rußland: durch moldawische Wirtschaftskrise und russische Preispolitik haben sich Schulden in HÖhe von mehreren Hundert Millionen US-\$ angehÖuft.⁶ Somit nimmt die Bedeutung Tiraspol in der Politik Moskaus ab: Rußland plant den Abbau der einst gefÖrchteten 14. Sowjetarmee, obwohl die Machthaber in Tiraspol, die die gesamte AusrÖstung der 14. Armee beanspruchen, versuchen, dies zu verhindern. Mitte 1995 wurde die Armee unter Lebeds Nachfolger General Valerij JevneviÖ bereits zu einer Operativen Gruppe herabgesetzt und jetzt soll die TruppenstÖrke halbiert werden.⁷ Gleichzeitig schwindet auch Moskaus einstiges Engagement, sich an den *peacekeeping operations* am Dnestr zu beteiligen.⁸ Was bleibt, ist eine militante FÖhrung in Tiraspol, die von Moskau als EinflÖsinstrument beibehalten wird, ohne eine neue Eskalation zu riskieren.⁹

Manchmal wird ein *hard security risk* langfristig von selbst zum *soft security risk*: Die 14. Armee verfÖgte Öber Öberproportionale Waffendepots. Die heutige Finanz- und Motivationslage der russischen Armee macht aus diesen BestÖnden (geschÖtzte 2847 Waggonladungen an Explosiven, u.a. Tretminen aus dem Jahr 1937), die meist an der offenen Luft lagern, eine Zeitbombe.¹⁰

Die Persistenz der *soft security risks*

Moldova hat im November 1994 einen Partnerschafts- und Kooperationsvertrag mit der EU unterzeichnet. Auch ist Moldova Mitglied der UNO, der OSZE sowie des Europarats und beteiligt sich seit MÖrz 1994 am NATO-Programm ÖPartnerschaft fÖr den FriedenÓ. Bei seinem Staatsbesuch im

³ D. Ionescu, Playing the ÖDniester CardÓ In and After the Russian Election, in: Transitions, 17/1996, S. 26-28; St. Roper, Perceptions of Transnistria, in: ASNews, 3/1997, S. 10-11.

⁴ G. Hanne, Playing Two Different Tunes, as Usual, in Moldova, in: Transitions, 7/1997, S. 68-71; Nezavisimaja gazeta, 9.8.1997, S. 3.

⁵ V. Socor, Yeltsin-Snegur Meeting Deepens Impasse on Troop Issue, in: Prisma (Jamestown Foundation/Internet), 30. Juni 1995.

⁶ Rossijskie vesti, 17.4.1997, S. 1-2.

⁷ Roper, Perceptions; Segodnja, 15.8.1997, S. 3; K. Bx scher, Separatismus in Transnistrien, in: Osteuropa, 9/1996, S. 860-875; T. Waters, Moldova, Continuing Recipe for Instability, in: JaneÖs Intelligence Review, Sept. 1996, S. 398-401.

⁸ Segodnja, 1.12.1994, S. 1.

⁹ W. van Meurs, Moldova, in: T. Rakowska-Harmstone/P. Dutkiewicz (Hg.), On the Road Back to Europe: East-Central Europe in Transition, Bloomington 1998 – im Druck.

¹⁰ S. Gamova, in: Segodnja, 31.5.1997, S. 4.

Oktober 1997 propagierte Außenminister Nicolae Tabacaru eine baldige Assoziierung Moldovas mit der EU und schätzte die Mitgliedschaft bereits für die Jahre 2000 bis 2002 als realistisch ein.¹¹

Obwohl die Frage eines Anschlusses an Rumänien in Moldova spätestens seit den Wahlen 1994 entscheidend an Aktualität verloren hat, blieb die Wiedervereinigung in der rumänischen Politik ein Reizthema. Während sich die rumänischen Nationalisten nach 1989 auf die vermeintliche Gefahr der Ungarn in Siebenbürgen konzentrierten, war es die demokratische Opposition, die sich einerseits der ebenfalls gegen einen Öneokommunistischen Präsidenten kämpfenden Volksfront in Moldova verbunden fühlte und sich andererseits dem Ideal des historischen Großrumänien verschrieben hatte. Ein 1994 von dem Journalisten und Exdissidenten Gabriel Andreescu unternommener Versuch, die Inkompatibilität historischer territorialer Ansprüche Rumäniens und der gegenwärtigen Realität einer international anerkannten und demokratisch legitimierten Unabhängigkeit Moldovas zu belegen, entfachte heftige aber kurzlebige Debatten in der Bukarester Politik und Presse.¹² Erst Rumäniens vermeintliche Chancen auf NATO- und EU-Mitgliedschaft führten zu einem Umdenken, besonders unter dem neuen Präsidenten Emil Constantinescu (November 1996): Voraussetzung für den Beitritt in die EU ist die Beilegung von Grenzstreitigkeiten und Minderheitenproblemen mit den Nachbarstaaten.¹³ Unter dem Druck der EU-Osterweiterung haben die mittel- und osteuropäischen Staaten sich erfolgreich um die Unterzeichnung von Nachbarschaftsverträgen bemüht. So hat Rumänien in den letzten Jahren mit Ungarn und der Ukraine Grundlagenverträge geschlossen, aber noch nicht mit Moldova. Die Klärung territorialer und Minderheitenfragen ist nicht nur eine Bedingung für die EU-Mitgliedschaft, sondern darüber hinaus auch eine Grunderfordernis für den Ausbau regionaler Zusammenarbeit. Angesichts dieser historischen Erblasten könnte die 1997 angestoßene Initiative zur Errichtung zweier ÖEuroregionenÖ im ukrainisch-moldawisch-rumänischen Grenzgebiet ein interessanter erster Schritt sein, um die Probleme der direkten Nachbarschaft anzugehen.¹⁴

Angesichts der radikalen Abtrennungsbewegung auf dem linken Ufer ist die Loyalität und Zurückhaltung der russischen und ukrainischen Minderheiten auf dem rechten Dnestrufer bemerkenswert, obwohl die Anhängerschaft der prosovjetschen Jedinstvo und der Moldawischen KP beträchtlich ist.¹⁵ Insgesamt aber waren nicht sie, sondern die separatistische Nationalbewegung der orthodoxen türkischsprachigen Gagausen im Süden Moldovas auf dem rechten Ufer die strategischen Verbündeten der Tiraspoler Führung. 1995 schien das Zustandekommen einer mustergültigen Regelung zwischen Chisinau und dem gagausischen Zentrum Komrat den Druck auf Tiraspol dementsprechend zu verstärken: Die Gagausen erhielten im Januar 1995 territoriale Autonomie und nach einem Referendum in März wählten die 150.000 Gagausen im Mai 1995 ein Parlament und einen Präsidenten für ihre knapp 2.000 km² große autonome Region. Bald konnten die Enttäuschungen bei der Umsetzung dieses Abkommens (Kompetenzkämpfe zwischen Chisinau und Komrat und auch das Ausbleiben der türkischen Millionenhilfe) das Mißtrauen der Transnistrier nur fördern.¹⁶

Präsidenten- und Parlamentswahlen

Eine für die postsowjetische Staatenwelt typische untergeordnete Bedeutung formaler demokratischer Institutionen charakterisiert auch das politische System Moldovas. Für die EU ergibt sich daraus die Schwierigkeit, die Akteure mit tatsächlicher Entscheidungsgewalt zu identifizieren.

¹¹ Chisinau: Im Transnistrien-Konflikt ist Moskauer Hilfe nötig, in: FAZ, 31.10.1997, S. 6.

¹² G. Andreescu/V. Stan/R. Weber, Reporturile Romaniei cu Republica Moldova, in: 22 Plus, 4/1995, S. i-xii.

¹³ Europäische Kommission (Hg.), Agenda 2000, Band I, Teil II, I/16: Schutz von Minderheiten.

¹⁴ Die Euroregionen sollen die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen in den beiden rumänisch-ukrainisch-moldawischen Dreieckspunkten um Galati und Chotin fördern. Diese von den drei Präsidenten ausgehandelte Initiative wurde im rumänisch-ukrainischen Grundlagenvertrag festgehalten, siehe RFE/RL Newslines (Internet 29.4./13./16.5.1997).

¹⁵ Dnestrovskaja pravda, 26.12.1995, S. 1; M. Hausleitner, Die Moldaurepublik und die Russländische Föderation, in: Südosteuropa Mitteilungen, 4/1996, S. 344-352.

¹⁶ Ch. King, Gagauz Yeri and the Dilemmas of self-Determination, in: Transition, 19/1995, S. 21-25.

Die gesellschaftlichen Spannungen und Polarisierung zeigten sich besonders im Wahljahr 1996: Die sich bereits 1995 ankündigende Wirtschaftskrise verschärfte sich. Das BIP nahm um 8% ab und sank auf kaum ein Drittel des Werts von 1989. Die meisten Produkte (soweit im Industriebereich überhaupt noch produziert wird) sind im Westen nicht konkurrenzfähig. Dementsprechend machen Ukraine und Rußland zusammen gut 60% des moldawischen Handelsvolumens aus, während der Handel mit der EU eine minimale Rolle spielt. Der Wirtschaftskrise folgten soziale Spannungen und eine Verelendung größerer Bevölkerungsteile: Die reale Arbeitslosenquote ist zehnmal höher als die offizielle, die mit 1,5 bis 2% angegeben wird. Mangels innerer Modernisierung gilt Moldova nicht länger als „Musterknabe“ des IWF innerhalb der GUS.¹⁷ Statt Reformen und Privatisierung vermeidet der Staat mittels Subventionen Betriebsschließungen und hält die Arbeitslosenrate niedrig. Mit dieser Methode ist er aber nicht in der Lage, Beamten und Rentnern regelmäßig ihre Löhne und Renten ausbezahlen. Die Agrarpartei und die linken Parteien im Parlament blockieren aber Privatisierung und Wirtschaftsreformen und kritisieren die Vorgaben von IWF und Weltbank.¹⁸ Dennoch kann die Lage in Moldova nicht mit den Produktionseinbrüchen, der Hyperinflation und Verelendung jenseits des Dnestr verglichen werden.

Die Parlamentswahlen im Frühjahr 1994 brachten anfangs die erhoffte innen- und außenpolitische Stabilität: Das Dauerthema der Vereinigung mit Rumänien war vom Tisch und die Demokratische Agrarpartei (DAPM) stellte mit dem Block aus Sozialisten und Jedinstvo für die alte und neue Regierung von Andrei Sangheli eine breite Parlamentsmehrheit bereit. Seine vorsichtigen Wirtschaftsreformen zeigten jedoch wenig Wirkung und eine Spaltung der DAPM kündigte sich bald an. Die Teilung der Partei im Herbst 1995 war sowohl sach- als auch personenbezogen: Die neue Partei der Wiedergeburt und Versöhnung Moldovas (PWVM) unterstützte Snegur, die DAPM setzte weiterhin auf Sangheli. Bereits im Mai 1995 hatte sich eine Initiativgruppe von der DAPM losgesagt und die Partei der Sozialen Fortschritts (PSF) gegründet, hinter der Lucinschi vermutet wurde.¹⁹

Sein Popularitätsverlust, der vor allem mit den Wirtschaftsproblemen zusammenhing, veranlaßte Snegur 1996 im Hinblick auf den sich nähernden Wahltermin zu politischen Richtungswechseln. Er strebte öffentlich ein Präsidialsystem an und versuchte, die Staatskontrolle über die Medien zu verstärken.²⁰ Snegurs größter Fehler war jedoch sein Umfallen in der Identitäts- und Staatsfrage: Er galt als Architekt des neuen unabhängigen Moldovas. Seit dem 27. August 1991 war es ihm gelungen, die Idee einer moldawischen Staatsnation durchzusetzen und die Idee einer Wiedervereinigung mit Rumänien politisch und gesellschaftlich zu marginalisieren. Ihm gelang vorerst die Gradwanderung einer historisch definierten eigenständigen moldawischen Staatsbürgernation zwischen Wiedervereinigung der einheitlichen, ethnisch definierten rumänischen Nation und Moldova als ethnisch-linguistischer Pseudo-Nation Stalins.²¹ Nach Protesten von Studenten und militanten Intellektuellen im Frühjahr 1995 plädierte Snegur aber dafür, die Bezeichnung der Staatssprache in seiner eigenen 1994 verabschiedeten Verfassung von „moldawisch“ in „rumänisch“ zu ändern. 1996 jedoch verlor er seine Glaubwürdigkeit, indem er ein Wahlbündnis mit der Christdemokratischen Volksfront schloß, deren Priorität nicht Demokratie oder Marktwirtschaft sind, sondern baldmöglichster Anschluß an Rumänien.

Bezeichnend für die geringe Institutionalisierung der Politik in Moldova ist, daß die drei (der insgesamt neun) Präsidentschaftskandidaten, die sich gute Chancen ausrechnen konnten, bis zu den Wahlen die drei wichtigsten Staatsämter innehatten (und über die Amts-, Medien- und Finanzvorteile in ihrem Wahlkampf verfügten): Mircea Snegur als amtierender Präsident, Petru Lucinschi als Parlamentsvorsitzender und Andrej Sangheli als Ministerpräsident. Im polarisierenden Wahlkampf bezog auch die Presse entsprechend Partei: Das Regierungsorgan *Moldova Suverana* für Pre-

¹⁷ C. Wannes, Moldova, in: Mittel- und Osteuropa Perspektiven. Jahrbuch 1997/98, Bd I, S. 139-152.

¹⁸ K. Bx scher, Machtwechsel in Chisinau, Aktuelle Studien 1 der Friedrich-Ebert-Stiftung Bx ro Kiew, Kiew 1997, S. 8-12, 15.

¹⁹ Moldova Suverana, 14.2.1995, S. 1-2.

²⁰ Independent Journalism Center (Hg), Media in Republic of Moldova, 3/1997.

mierminister Sangheli, sein russischsprachiges Pendant *Nezavisimaja Moldova* für den als prorussisch eingestuften Lucinschi und *Luceafarul* als Parteizeitung der Partei für Wiedergeburt und Versöhnung für Snegur.²² Bei den Wahlen, die am 17. November und am 1. Dezember 1996 auf dem rechten Dnestrufer und auch im Autonomen Territorium der Gagausen, nicht aber in der Dnestrepublik, stattfanden, meldeten die OSZE-Wahlbeobachter keine größeren Unregelmäßigkeiten am Wahltag selbst.

Interessanterweise waren nicht länger die territorialen und ethnischen Konflikte oder die moldawische Identitätsfrage das Hauptthema der Wahlen, sondern die schlechte wirtschaftliche und soziale Lage in der Republik. Jeder der drei Präsidentschaftskandidaten warf den beiden anderen eine Blockadepolitik vor, wobei aber keiner von ihnen Wunder bei der Lösung dieser Probleme versprach. Außenpolitisch pochte Lucinschi auf seine gute Verbindungen zu Moskau, die eine Lösung der Transnistrienfrage beschleunigen könnten, und befürwortete eine generelle Verbesserung der Beziehungen zu Rußland, stellte aber gleichzeitig das Ziel der Integration in europäische Organisationen nicht zurück. Im Rahmen der Neutralität wird weder die NATO-Mitgliedschaft noch eine Teilnahme an der militärischen GUS-Integration angestrebt.

Snegur erzielte in der ersten Runde zwar 39% der Stimmen gegen Lucinschi mit 28% und Sangheli mit 9%, war aber in der Stichwahl chancenlos: Er konnte mit den Stimmen der W  hler rechnen, die in der ersten Runde für den pro-rumänischen Valeriu Matei gestimmt hatten und kam so in der zweiten Runde auf 46%. Die Anhänger Sanghelis (9%) und Voronins (Moldawische KP – 10%) verhalfen Lucinschi aber mit 54% zum Sieg. Die Minderheiten (immerhin 25% der W  hler) stimmten dabei schätzungsweise zu 93% für Lucinschi.²³ Erstaunlicher als das Ergebnis selbst ist die Tatsache, daß der erste demokratische Machtwechsel in der Republik trotz Wirtschafts- und Staatskrise geordnet und ruhig verlief.

Die noch ausstehende Transnistrienfrage, die problematischen Beziehungen zu Rußland und Rumänien sowie die gegenwärtigen Parlamentsmehrheiten lassen wenig Spielraum für grundlegende Reformen. Lucinschis neue Regierung Ciubuk war symptomatisch für die große Distanz zwischen politischer Elite und Gesellschaft und für die Macht der neu-alten   Nomenklatura  . Pr  sident Lucinschi beklagte sich über seinen zu geringen Einfluß bei der Regierungsbildung, bei der die Hälfte der Minister aus dem Vorg  ngerkabinett überlebte. Zwei Drittel der Minister sind sogar Mitglied in der DAPM.

Die Wahl Lucinschis, dessen Führungsstil sich eher durch Kompromißbereitschaft als durch Entscheidungsfreude auszeichnet, ist als Votum für eine Politik der gemäßigten Reformen und eine pragmatische Annäherung an Rußland (wegen der Wirtschaftskrise und der Transnistrien-Frage) zu bewerten. Schwer vorhersehbar ist, welche Verschiebungen im Parlament die Wahlen am 22. März dieses Jahres bringen werden: Es ist kaum zu erwarten, daß Ciubuk bis dahin in der Lage sein wird, die von der Bevölkerung herbeigesehnte Linderung der Wirtschaftskrise herbeizuführen oder daß Lucinschi einen Verhandlungserfolg in Tiraspol erreichen kann. Dennoch: Snegur und seine PWVM sind als pro-rumänische   Wendeh  lse   entlarvt, Sangheli und DAPM werden für die Wirtschaftskrise verantwortlich gemacht. Bei den Parlamentswahlen wird Lucinschi versuchen, seine eigene Machtbasis zu verstärken, um dann eine neue Regierung in seinem Sinne zu bilden. (Er hat aber noch keine Partei auserkoren, obwohl das neue Bündnis   Bewegung für ein Wohlhabendes Moldova   die besten Aussichten haben sollte.)²⁴ Je nach Wahlergebnis können auch überraschende Koalitionen oder eine neue Phase der Parteien(um)bildung nicht ausgeschlossen werden.

²¹ M. Snegur, *Nezavisimaja Moldova*, 10.2.1994, S. 1-2; Ch. King, *Moldovan Identity and the Politics of Pan-Romanianism*, in: *Slavic Review*, 2/1994, S. 345-368; W. van Meurs, *Carving a Moldavian Identity out of History*, in: *Nationalities Papers*, 1/1998 – im Druck.

²² European Institute for the Media, *Moldovan Elections Media Report*, 18.11.1996; unveröffentlichter Bericht der einzigen deutschen Langzeitwahlbeobachterin bei den Pr  sidentschaftswahlen in Moldova, Edda-Binder-Jijima, Universität Münster.

²³ Bx scher, *Machtwechsel in Chisinau*, S. 25; I. Syrbu, in: *Nezavisimaja Moldova*, 26.12.1996, S. 1.

EU Strategien für Moldova

Die Stärke der EU bei der Gestaltung der internationalen Beziehungen und grenzüberschreitenden Kooperation liegt in ihrer Rolle als *soft security provider*. Im Falle Moldovas ist ein wichtiger Ansatzpunkt das Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, dessen handelspolitischer Teil bereits als Interimsabkommen am 29. Januar 1996 in Kraft trat. In den Abkommen der EU werden die wirtschaftlichen Interessen sowie die Bemühungen um Modernisierung Moldovas und der anderen post-sowjetischen

²⁴ Informationen über die Tagespolitik vor den Wahlen von Igor Botan (International Foundation for Election Systems – IFES Moldova) und Boris Steinman (Open Information Society Moldova).

Staaten mit dem Interesse der EU nach politischer und wirtschaftlicher Stabilität verknüpft. Die Zusammenarbeit ist auf drei Ebenen vorgesehen: Ausbau des politischen Dialoges, Intensivierung des Handels und kulturelle Zusammenarbeit. Dabei wird ein auf politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene symmetrisches Verhältnis zwischen der EU und Moldova vorausgesetzt. Wie die gegenwärtige Entwicklung Moldovas aber verdeutlicht, ist das Land von gravierenden Wirtschaftskrisen beeinträchtigt und entspricht weder politisch noch gesellschaftlich den Maßstäben westlicher Demokratien und Zivilgesellschaften.

Ein weiteres Instrumentarium der EU zur inneren Stabilisierung Moldovas ist das TACIS-Programm. Die Mittelvergabe in Moldova konzentriert sich auf die Produktion, die Verarbeitung und den Vertrieb von Lebensmitteln, die Privatisierung, die Energieeinsparung sowie auf die Unterstützung beruflicher Qualifikationsmaßnahmen. Allerdings zeigt sich im Vergleich mit den übrigen postsowjetischen Staaten eine Konzentration des TACIS-Programmes auf die Russische Föderation und die Ukraine. So entfielen 1995 noch 9 Millionen ECU (1,7% der Gesamtmittel) auf Moldova, 1996 aber wurden für Moldova keine TACIS-Mittel zur Verfügung gestellt.²⁵

Einerseits kann Moldova obwohl oder gerade weil es sich um einen vergleichsweise kleinen, jungen und schwach konsolidierten Nationalstaat auf der europäischen Landkarte handelt, zum Verursacher gravierender *soft security risks* werden. Andererseits könnte sich die Existenz eines unabhängigen moldawischen Staates – ähnlich wie dies auch für die Ukraine zutrifft – stabilisierend auf das Gleichgewicht zwischen der EU und der Russischen Föderation auswirken, nicht als Pufferzone, sondern als Schnittmenge europäischer, russischer und moldawischer Interessen. Diesbezüglich ist die Idee der Euroregionen als relevanter Ansatz zu bewerten. Insgesamt ist die EU gefragt, sich in der Politik und Verwaltung Moldovas (trotz ihres personenbezogenen Charakters sowie ihrer parteilichen und institutionellen Instabilität), um die Identifikation von Entscheidungsträgern zu bemühen, deren Interessen und Ansichten kompatibel sind. Eher als strukturelle Defizite in Politik und Gesellschaft zu beheben, wird die EU bei der Zusammenarbeit mit strategischen politischen Akteuren in konkreten Fragen Erfolg haben können.

Iris Kempe, Wim van Meurs

Die beiden Verfasser sind Mitarbeiter am Centrum für Angewandte Politikforschung in München.

Redaktion: Roland Götz

²⁵ Europäische Kommission (Hg.), TACIS-Programm Jahresbericht 1996, Brüssel 1997, S. 25-26.